



Brigitte Gräbner
Ringmauerstraße 2
63755 Alzenau-Hörstein
Tel: 06023 8362
Fax: 06023 320443
E-Mail: brigitte.graebner@t-online.de

Alzenau, den 07.12.2009

Pressemitteilung der SPD – Kreistagsfraktion

SPD-Kreistagsfraktion stellt neue Anträge vor - politische Gestaltungsmöglichkeiten für die Bürger/innen ohne großen finanziellen Aufwand!

Kreis Aschaffenburg. In einer ersten Klausur zum Haushalt 2010 hat sich die SPD-Kreistagsfraktion darauf festgelegt, über die in der vorgelegten Investitionsliste des Landkreises hinaus, keine weiteren Maßnahmen zur Aufnahme in den Finanzplan vorzuschlagen. Die derzeit geplanten Investitionen umfassen in vollem Umfang, die von den Sozialdemokraten seit Jahren geforderten Maßnahmen im Bereich Bildung, Gesundheit und Straßenbau.“ Der Landkreis“, so Fraktionsvorsitzende Brigitte Gräbner (Alzenau) „stößt hier schon finanziell an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Die finanzielle Vorbelastung der Folgehaushaltsjahre über 2010 hinaus ist enorm“. Eindeutig die Stimmung in der Fraktion – an der Höhe der Kreisumlage gibt es nichts zu rütteln!

Politische Gestaltungsmöglichkeiten sind nicht nur im Bereich der Investitionsvorhaben, sondern auch bei den Sachausgaben und Verwaltungsaufgaben möglich. „Die aktuellen Anträge der Fraktion gehen genau in diese Richtung“, so Wolfgang Jehn (Großostheim). Auf seine Initiative hin hat die SPD-Kreistagsfraktion ein bürgerfreundlicheres Zulassungswesen für Kraftfahrzeuge gefordert. Dies bedeutet, dass über die beiden bestehenden Zulassungsstellen in Mainaschaff und Alzenau hinaus die Einrichtung weiterer dezentraler Stellen in Hösbach, Großostheim, Mömbris und Schöllkrippen geprüft werden sollen. Aufgrund der im Jahre 1998 geänderten Rechtslage ist können die Landkreise auch kreisangehörige Gemeinden mit der Wahrnehmung von Aufgaben bei der Kraftfahrzeug-Zulassung betrauen. Zwar seien einige Anläufe im Kreis Aschaffenburg gescheitert, Handlungsbedarf bestehe aber nach wie vor. Das derzeitige System mit nur zwei Zulassungsstellen zwingt bei-

SPD - Kreistagsfraktion

spielsweise manchen Arbeitnehmer, für einen Zulassungsvorgang Urlaub zu nehmen und bürdet zahlreichen Landkreisbürger/innen lange und umständliche Wege auf. Erste Schritte einer vom Kreis ausgehenden Initiative könnten nach den Vorstellungen der SPD Gespräche mit den Bürgermeistern jener Kommunen sein, die mit mehr als 10.000 zugelassenen Kraftfahrzeugen als Standorte in Frage kämen. Auch hat die Fraktion die Verwaltung um Daten zu Kosten, Gebühreneinnahmen und Vorgangszahlen gebeten.

Auch der Vorschlag des Sailauer Bürgermeister Michael Dümig zum Vernichten von Akten und anderen vertraulichen Unterlagen geht an den Landkreis. Hier sollte bei den turnusmäßigen kreisweiten Problemabfallsammlungen einen Aktenshredder bereitgestellt werden, der den Bürger/Innen die Entsorgung persönlicher und vertraulicher Unterlagen ermöglicht. Alternativ käme dafür auch das Aufstellen von Sicherheitsbehältern in den Bau- und Recyclinghöfen der Kommunen Frage. Die so gesammelten Akten würden dann über Großshredderanlagen entsorgt. Die Frage einer datenschutzgerechten Beseitigung sensibler und privater Unterlagen beschäftigt nach Worten von Kreisrätin Ellen Kämmerer viele Bürger im Landkreis. „Das Verbrennen ordnerfüllender Versicherungspakete oder ganzer Jahrgänge von Kontoauszügen im heimischen Ofen oder Kamin sei zwar eine sichere Methode, alte Unterlagen zu vernichten, entspreche aber in keiner Weise der sonst vorbildlichen Abfall- und Recyclingpolitik des Landkreises“.

Für die Freiwilligen Feuerwehren soll auch etwas getan werden: Fraktionsvorsitzende Brigitte Gräbner sieht die Beschäftigung eines jungen Menschen beim Landkreis über das sog. Freiwillige soziale Jahr (FSJ) als Chance für die Stärkung der Nachwuchsförderung bei den Jugendfeuerwehren an. „Auch wenn die Jugendarbeit der Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis bereits gut organisiert sei, sollte man dieses Instrument ergreifen und damit gezielt für den Nachwuchs werben“. Der Landkreis würde Pionierarbeit leisten und die Brandschutzerziehung, die sich bislang auf das Grundschulalter beschränkt, mit Hilfe der FSJ-Absolventen auf die höheren Jahrgänge insbesondere auch auf Ganztagschulen ausdehnen. Das dortige Betreuungsspektrum könnte sich um Kenntnisse über Ursachen von Bränden, Verhalten im Brandfall, Brandbekämpfung und Erste Hilfe sinnvoll verbreitern. Die Kosten für eine solche Stelle muss der Landkreis nicht alleine tragen; es gibt staatliche Fördermittel!

SPD - Kreistagsfraktion

Ein Vorbild hierfür ist der hessische Landkreis Darmstadt-Dieburg; hier kooperiert die Kreisjugendfeuerwehr mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).

Kreisrätin Heidrun Schmitt (Haibach) berichtete über den Erfolg des Antrags der SPD-Fraktion in der Verbandsversammlung des Klinikums, dort im zweijährigen Turnus jeweils zwei Kinder über die Hilfsorganisation Friedensdorf International zu behandeln. Die Freude in der Fraktion über die bereits geleistete Hilfe bei der Behandlung zweier angolanischer Kinder im Klinikum Aschaffenburg war groß. „Nun leistet nicht nur das Kreiskrankenhaus Wasserlos, sondern auch das Klinikum einen Beitrag zur Hilfe von verletzten oder kranken Kindern in aller Welt“, so Heidrun Schmitt.

Verantwortlich für den Inhalt:

Brigitte Gräbner